Tornado wütet im Erzgebirge

Eine Windhose hat im Erzgebirge schwere Schäden angerichtet. In Seiffen wurden Häuser beschädigt, Bäume entwurzelt und Dächer abgedeckt. Die Ziegel eines seit Längerem geschlossenen Erlebnisbades flogen bis zu 100 Meter weit und durchschlugen die Fenster eines benachbarten Gebäudes. Glassplitter verletzten zwei Frauen. Der Schaden an städtischen Gebäuden beläuft sich nach ersten Schätzungen auf bis zu 60 000 Euro.

Fotos: Jan Görner/Rico DinterWindhose



NACHRICHTEN

Kartenverkauf für den Landespresseball beginnt

Dresden. Für den sächsischen Landespresseball hat der Ticketvorverkauf begonnen. Das teilte der Veranstalter gestern mit. Angeboten werden Bankett- und Flanierkarten. Sie sind ausschließlich erhältlich über die Website www.landespresseball-sachsen.de. Die 17. Auflage des Balls findet am 12. November im Dresdner Albertinum statt. Schirmherr ist Ministerpräsident Stanislaw Tillich (C DU). „Wir rechnen nach dem Erfolg des Vorjahres mit einer großen Karten-Nachfrage“, so Ulf Mallek, Vorsitzender des Landespresseball Sachsen e.V. Bankett-Karten kosten 310 Euro, Flanier-Karten sind zum Preis von 150 Euro erhältlich. (SZ)

■ www.landespresseball-sachsen.de

Weißes Pulver im Rathaus-Briefkasten

Coswig. Auf das Coswiger Rathaus ist womöglich ein Anschlag verübt worden. Stadt-Mitarbeiter fanden gestern früh weißes Pulver im Briefkasten des Gebäudes. Vorsorglich wurden Feuerwehr, Polizei und der Katastrophenschutz des Kreises Meißen alarmiert. Das weiße Pulver wird jetzt im Landeskriminalamt untersucht. (SZ)

68-Jähriger drei Tage hilflos in der Badewanne

Zittau. Polizisten haben in Zittau einen 68-Jährigen gerettet, der drei Tage lang hilflos in einer mit Wasser gefüllten Badewanne lag. Der Mann kam ins Krankenhaus, berichtete die Polizei gestern. Mieter hatten am Dienstagmorgen den Havariedienst gerufen, weil aus der Wohnung des 68-Jährigen Wasser lief. Als der Mitarbeiter klingelte, rief der Mann um Hilfe. (dpa)

HANDYAFFÄRE

Polizei prüft täglich Telefondaten

Jede Woche genehmigen die Dresdner Gerichte die Abfrage von Handydaten. Nicht immer sind dabei jedoch Tausende betroffen.

Von Alexander Schneider
SCHNEIDER.ALEXANDER@DD-V.DE

Ist es rechtsstaatswidrig, wenn die Polizei Telefonverbindungsdaten auswertet, um Gewalttäter zu fassen? Ist es ein Skandal, wenn die zuständigen Innen- und Justizminister nichts von dieser angeblich drastischen Ermittlungsmaßnahme wussten?

Die Realität sieht anders aus. Jede Woche prüfen und veranlassen Ermittlungsrichter am Amtsgericht Dresden die Abfrage von Telefonverbindungsdaten. 2010 wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft Dresden in 90 Ermittlungsverfahren Erhebungen nach Paragraf 100 g, Strafprozessordnung, beantragt – die Zahl der einzelnen Beschlüsse ist jedoch weit höher.

Nicht nur Mord und Totschlag, auch Raub, Bandendiebstähle und Sexualdelikte sind Straftaten, bei denen Verbindungsdaten oft erhoben werden. Mal lässt die Polizei nach einem bekannten Handy suchen, mal braucht es sämtliche Verbindungsdaten in einem Tatortbereich. Etwa wenn Betrüger Geldautomaten manipuliert haben, um die Kontodaten von Bankkunden auszuspähen. Über ihre Handys ermitteln die Beamten immer wieder Verdächtige. Doch auch die Täter wissen das – manche setzen daher längst CB-Funkgeräte ein. Die hinterlassen keine Datenspur.

Da eine Vorratsdatenspeicherung nicht erlaubt ist, muss die Polizei die Verbindungsdaten sichern, um sich gewissermaßen selbst den Vorrat anzulegen. Ihr bleibt dafür kaum mehr als eine Woche Zeit, da die Mobilfunk-Provider die Daten schon nach einem halben Jahr gelöscht haben müssen.

Funkzellenabfragen wie im Fall der Krawalle vom 19. Februar finden regelmäßig statt – um Täter zu identifizieren. Wer zur fraglichen Zeit etwa an mehreren Brennpunkten telefoniert hatte, wird ins Visier der Ermittler geraten. Die Polizei versucht dann, den Verdächtigen mit weiteren Indizien wie der Auswertung von Videos die Beteiligung nachzuweisen. Die Handy-Daten sind ein Indiz – das Verdächtige beund auch entlasten kann.

In der Debatte zur Rechtmäßigkeit der jetzt erhobenen Datenflut – immerhin liegen der Polizei mehr als 138 000 Verbindungsdaten vor – stören sich Polizisten und Staatsanwälte über den Begriff „Ausspähen“. Denn die Daten zeigten doch nur, dass ein Handy zur fraglichen Zeit an einem Funkmast registriert wurde. Und auch nur, wenn tatsächlich auch telefoniert wurde.

Eine ähnliche Funkzellenabfrage veranlasste die Polizei im April 2009, als Unbekannte in der Albertstadtkaserne Dutzende Bundeswehrfahrzeuge abgefackelt hatten. Die Überprüfung blieb ergebnislos. Noch immer liegen die Daten im Landeskriminalamt (LKA) – weil das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. „Wenn wir Verdächtige haben, können wir prüfen, ob sie damals in Tatortnähe waren“, sagte LKA-Sprecherin Silvaine Reiche.

In einem Fall irrt jedoch Justizminister Jürgen Martens (FDP). Bei den Ermittlungen der 2006 entführten Stephanie aus Dresden wurden keine Telefonverbindungsdaten von Unbekannten abgefragt.

FDP-Chef Holger Zastrow will Datennutzung streng begrenzen

Herr Zastrow, wir sprechen über die Speicherung zehntausender Handy-Datensätze vom 19. Februar in Dresden. Hat die Polizei unverhältnismäßig gehandelt?

Das ist ganz offensichtlich unverhältnismäßig gewesen. Darüber hinaus war es offenbar auch wirkungslos, denn man hat bis heute keinen einzigen Straftäter überführt. Die gewalttätigen Handlungen linker Demonstranten sind nicht zu akzeptieren. Nur offensichtlich war die Überwachung der Telefondaten das falsche Mittel der Strafverfolgung. Mehr als zehntausend unbescholtene Bürger wurden durch die Datenspeicherung unter Generalverdacht gestellt.



Zastrow

Ist es schon falsch, die Daten bei den Telefongesellschaften zu speichern?

Wir brauchen zumindest nicht darüber nachzudenken, dass im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung, die Union und SPD wollen, noch mehr Daten noch länger gespeichert werden und für Polizeiabfragen zur Verfügung stehen. Dieses Thema hat sich erledigt, wenn man sieht, welche Missbrauchsmöglichkeiten jetzt schon bestehen.

Aber eine Datenabfrage wie in Dresden wäre doch auch möglich, wenn sich Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) durchsetzt, und nur die Daten genutzt werden können, die kurzzeitig bei den Telefongesellschaften gespeichert werden…

Ja, aber das ist dann schon das Ende der Fahnenstange. Wir sehen ja, dass schon jetzt eine sehr begrenzte Überwachungsmöglichkeit diesen Raum für unverhältnismäßige Maßnahmen zulässt. Jeder, dem Datenschutz ein bisschen was wert ist, ist erschrocken über das, was jetzt passiert ist. Es zeigt, dass wir sehr enge Leitplanken setzen müssen, um einen Missbrauch wie in Dresden zu verhindern.

Was ist Ihr Rat an die Bundesjustizministerin?

Frau Leutheusser-Schnarrenberger sollte sich auf keine weiteren Zugeständnisse an die Union einlassen. Wer sieht, was in Dresden passiert ist, muss auch sehen, dass die Diskussion über die Vorratsdatenspeicherung praktisch entschieden ist.

■ Das Gespräch führte Sven Siebert

Mehr Geld für Dienstreisen mit dem Privatauto?

Der Landtag berät nächste Woche über eine höhere Fahrtkostenpauschale für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Dresden. Sachsens Landtag wird am kommenden Donnerstag erstmals über eine Erhöhung der Fahrtkostenpauschalen für die über 200 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaates beraten.

Grundlage ist ein Gesetzentwurf der Linksfraktion. Der sieht eine grundsätzliche Erhöhung der Pauschalen um jeweils zehn Cent pro gefahrenen Kilometer vor. Zurzeit werden den Beschäftigten gestaffelt 15, 25 bzw. 30 Cent pro Kilometer für Dienstfahrten mit dem privaten Pkw erstattet. Die Mehrausgaben für Gemeinden, Landkreise, und kreisfreie Städte soll künftig der Freistaat über das Finanzausgleichgesetz erstatten.

Die Linksfraktion verweist auf die Kritik von Beamtenbund und ADAC, wonach die Beschäftigten immer mehr zur Benutzung von Privat-Pkws gezwungen sind, ohne dass ihnen die steigenden Kosten für Benzin und Fahrzeughaltung ersetzt werden. Danach würde selbst eine Pauschale von 30 Cent pro Kilometer ab einem Benzinpreis von 1,37 Euro für Verluste sorgen. „Nachdem Sachsens Landtagsabgeordnete dieses Jahr sowohl von der Erhöhung der eigenen Kostenpauschale als auch von einer Diätenerhöhung profitieren, sollten sie sich nun auch für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes einsetzen“, forderte der Abgeordnete Klaus Tischendorf. (SZ/gs)

Kommunen fehlen jährlich 77 Millionen Euro für Hartz-IV

Dresden. Sachsens Kommunen erhalten künftig weniger Geld, um ihre Ausgaben für Hartz-IV-Leistungen ausgleichen zu können.

Laut dem Beschluss der Finanzministerkonferenz der Länder werden allein 2012 und 2013 jeweils 77 Millionen Euro bei den Zuschüssen für die kreisfreien Städte und die Landkreise im Freistaat fehlen. Der Sächsische Landkreistag und der Sächsische Städte- und Gemeindetag erklärten, die Einbußen, die pro Landkreis und Jahr zwölf Millionen Euro betragen, nicht aus eigener Kraft kompensieren zu können. Scharfe Kritik übten sie dabei an Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU). Der hatte trotz der Kürzungen von einem zufriedenstellenden Ergebnis gesprochen, weil künftig immer noch 807 Millionen Euro als Finanzhilfe in die ostdeutschen Bundesländer fließen. Die Landtagsopposition sprach aber ebenfalls vom „Interessenverrat gegenüber den Kommunen“ und einer Verhandlungsniederlage der Staatsregierung. (SZ/gs)

Bauern werden sachsenweit auf Wölfe vorbereitet

Dresden. Wölfe siedeln sich in immer mehr Regionen des Freistaates an. Daher hat Sachsen das Gebiet für Schutzmaßnahmen erweitert. Schafe und Ziegen sollen künftig auf einem deutlich größeren Territorium vor Wolfsangriffen geschützt werden. Auch Landwirte in den Landkreisen Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie in Teilen der Landkreise Mittelsachsen, Leipzig und Nordsachsen dürfen in Zukunft staatliche Hilfe dafür beantragen, teilte das Landwirtschaftsministerium gestern mit. Bislang war das Fördergebiet auf die Kreise Görlitz und Bautzen beschränkt. Die Erweiterung begründete das Ministerium damit, dass in der Königsbrücker Heide sowie in der Region Annaburg (Sachsen-Anhalt) je ein Wolfspaar nachgewiesen worden sei. (SZ/dpa)

Stern-Sänger komponiert mit den Augen

Der gelähmte frühere Stern-Combo-Sänger Reinhard Fißler schrieb ein neues Lied. Auch malen kann er – mit Gedanken.

Von Peter Anderson
ANDERSON.PETER@DD-V.DE

Die Kamera blickt Reinhard Fißler (62) direkt in die Augen. Mit den Bewegungen seiner Pupillen bedient der frühere Stern-Combo-Sänger den angeschlossenen Computer. Auf einem hoch angebrachten Bildschirm im Wohnzimmer seiner Berliner Wohnung kann er mit einem Augenschlag auf Objekte klicken, kann er wie mit einem normalen Mauszeiger arbeiten.

Reinhard Fißler komponiert. Er schreibt Noten, Texte. Ihn – der früher wenig mit Rechentechnik am Hut hatte – hat seine Krankheit zum Computer-Freak gemacht. Fißler erkrankte vor mehr als elf Jahren an ALS. Die unheilbare Krankheit lähmt die Nervenzellen, die die Muskeln steuern. Auch der Maler Jörg Immendorf erkrankte an ALS und starb 2007.

Bei Stern-Combo-Sänger Fißler fing es damit an, dass er seine Gitarre nicht mehr halten konnte. Mittlerweile hat die Krankheit ihm auch die Kraft zum Atmen genommen. Der Musiker wird die meiste Zeit durch eine Maschine beatmet.

Unterkriegen lässt er sich dadurch nicht. Er macht sich stark für den Erhalt des Dresdner Kulturpalasts. In Berlin unterstützt er den Kinderzirkus Cabuwazi, einen der größten in Europa überhaupt, der sich seit 1992 aus einem Hinterhofprojekt entwickelt hat. Mithilfe seines mobilen Beatmungsgerätes, das mit seinem Pflegebett in einem Kleinbus transportiert werden kann, ist Fißler mobil. Im Kongresszentrum am Alexanderplatz war jetzt sein neues Lied „Mal sehen, wohin die Reise geht“ zu hören. Er wolle Menschen mit ähnlichen Erkrankungen ermutigen, sich dem Leben positiv zu stellen, sagte Fißler in einem Telefonat mit der SZ. Die Musik gebe ihm dafür viele wertvolle Impulse, die auch von anderen geteilt würden. Manager Detlef Seidel zufolge soll „Mal sehen, wohin die Reise geht“ auf der voraussichtlich im Herbst erscheinenden neuen CD der Stern Combo Meissen zu hören sein.



Der frühere Stern-Combo-Sänger Reinhard Fißler ist gelähmt. Mit einem Computer kann er trotzdem komponieren. Der Künstler Adi Hoesle (links) arbeitet mit ihm zusammen auch an einem Malprogramm, das Gehirnströme in Bilder wandelt.

Foto: Kai Horstmann

Immendorfs Nachfolger

Fißler lernte jetzt auch, mit seinen Gedanken zu malen. Der Memminger Künstler Adi Hoesle entwarf eine entsprechende Matrix mit Formen, Farben, Pinselgrößen und Schriftgrößen. Jörg Immendorff sollte sie testen. Noch bevor die Software fürs Brain Painting fertig wurde, starb Immendorf. Fißler trat an seine Stelle. Nachdem Hoesle dem Sänger die Technik erklärt hatte, wurde Fißler durch eine Haube mit elektronischen Kontakten an den Computer angeschlossen und begann mit seinen Gedanken zu malen. „Die schlimmste Unfreiheit ist die, im eigenen Körper gefangen zu sein.“, sagte Reinhard Fißler. Das ändert sich jetzt für ihn.